

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 80.
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband Hauptvorstand, Berlin O 34, Memeler Straße 80 (Postcheckkonto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 M.

Nummer 26

Berlin, den 26. Juni 1931

43. Jahrgang

Der ADGB. zur Notverordnung

Am Sonnabend, dem 20. Juni 1931, tagte im Hause des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates der ADGB. und nahm Stellung zu der Brüning'schen Notverordnung. Von der Sozialdemokratischen Partei nahm Genosse Wels an der Konferenz teil. Kollege Leipart hielt das einleitende Referat. Er übte an der Notverordnung, die der Arbeiterschaft ungeheure Lasten auferlegt, scharfe Kritik. Des weiteren berichtete er über die mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichsarbeitsminister Stegerwald gehabte Besprechung. Leipart betonte, daß eine Abänderung der schlimmsten Härten dringend geboten sei. In der Diskussion beteiligten sich alle namhaften Gewerkschaftsführer. Es wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Entschießung:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in höchstem Widerspruch zu den Grundfragen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschlossenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angeichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortdauernden und umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn sofort verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden.

Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen.

Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Ein-

nahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angeichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannten Maßnahmen ausgeschlossen sind. Zur Bewältigung dieser Maßnahmen, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamten und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die jetztherige nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach

Sondervorteilen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meißbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungeheure Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher Massen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkaufer; nach ernstlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiter führen. Wie sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Über die Konferenz selber werden wir in der nächsten Nummer berichten.

stark gekürzten Unterstützung abzieht. Boshaft und das Arbeitsrecht verlegend ist, daß künftig alle auf Grund des Betriebsrätegesetzes gezahlten Entschädigungen und Abfindungen voll auf die Unterstützungen anzurechnen sind.

Kleinlich und kurzichtig ist die Bestimmung, wonach Krisenunterstützung zurückgezahlt werden muß. Kein Mensch glaubt, daß von den Millionen armer Teufel, die mehr als ein halbes und oft mehr als ein Jahr arbeitslos sind, je die Krisenunterstützung zurückgezahlt wird oder werden kann. Der Vater dieses Gedankens hätte sich einmal bei den Wohlfahrtsämtern informieren sollen, wieviel Wohlfahrtsunterstützung tatsächlich wieder zurückgezahlt wird. Also rechnerisch kommt bei dieser Bestimmung gar nichts heraus.

Sonderbare Lösung des Problems der Finanzierung

So weit eine Reihe der Bestimmungen, die mit dem eigentlichen Finanzproblem kaum etwas zu tun haben, die aber deutlich den Kleinlichen, schikanösen Geist zeigen, der sich in der „Reform“ der Arbeitslosenversorgung betätigt. Als ob die großen grundlegenden Probleme der Finanzierung der Arbeitslosenversorgung nicht gerade genügend Zündstoffe ergeben müßten! Der Arbeitsminister war schlecht beraten, als er sich auf diesen Weg drängen ließ.

Um dieses Problem der Finanzierung der Arbeitslosenversorgung handelt es sich. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes läßt vermuten, daß bei einem Beitrag von 6½ Proz. in der Arbeitslosenversicherung ein Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 1931 von etwa 400 Millionen Mark entsteht. Der Fehlbetrag bei der Krisenfürsorge ist mit etwa 250 Millionen Mark einzuschätzen. Die Notverordnung geht davon aus, daß von der Einnahmeseite her der Arbeitslosenversicherung nicht geholfen werden kann. Der Ertrag der Krisensteuer soll vornehmlich zur Deckung der für die Krisenfürsorge fehlenden Beträge und mit etwa 140 Millionen Mark zur Förderung der Arbeitsbeschaffung, in Wirklichkeit zur Subventionierung bestimmter Unternehmungen, dienen. Abgelehnt ist auch eine weitere Hinaufführung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, so daß für die völlig auf sich gestellte Arbeitslosenversicherung 400 Millionen Mark an den Ausgaben einzusparen wären. Dieses Ziel will die Notverordnung erreichen. Vom 1. Juli bzw. für die bisherigen Bezüher vom 13. Juli dieses Jahres ab soll allen Arbeitslosen die Unterstützung ungeheuerlich gekürzt werden. Für die mehr als 10 Millionen Bezüher von Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge auf dem Wege über die Abänderungen der Arbeitslosenversicherung, für die eine Million Wohlfahrtsverwerflicher auf dem Wege über Eingriffe des Reiches in die Fürsorgepflichtverordnung. Diese Ersparungen sollen dadurch herbeigeführt werden, daß die Unterstützungssätze sowohl in der Krisenfürsorge um 8 bis 15 Proz. heruntergesetzt werden. Die erste Erklärung der Regierung hatte irreführenderweise von einer „dünnpfennigen Kürzung des Einheitslohnes“ geredet. Tatsächlich senken sich die Unterstützungssätze in folgender Weise:

Was uns Brüning bescherte

Wie sieht jetzt die Arbeitslosenversorgung aus?

Kleinliche und sinnlose Bestimmungen

Wie geben in der heutigen Nummer eine Übersicht über die Änderung der Arbeitslosenversicherung. Später folgen einige Darstellungen über die übrigen „Reformen“, die die Brüning-Regierung durch die Notverordnung festlegte.

Die Regelung, die die Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung findet, ist von einer außerordentlichen Härte. Das gilt für die entscheidenden Teile der neuen Regelung, nämlich die ungeheuren Abstriche an den Unterstützungen. Das gilt ebenso für die zahlreichen kleinen und großen, für die Lösung des Gesamtproblems völlig zwecklosen Boshaiten, mit denen wohl weniger die Regierung, als ein kleinlicher Bürokratengeist die Notverordnung ausgestattet hat. Jeder kleine, boshafte Vorschlag, den irgendwer in irgendeinem Ministerium seit langem auf Lager hatte, ist schnell noch in die Notverordnung hineingearbeitet worden. Oder glaubten diese Herrschaften, die großen Abstriche an der Unterstützung genügten noch nicht, das Millionenheer hungernder Arbeitsloser aufzupeitschen? Diese Bemerkung gilt sowohl von der heute völlig sinnlosen Beseitigung der neunwöchigen Schutzfrist für

den Facharbeiter wie von der Einführung der Pflichtarbeit für alle Arbeitslosen und die Beseitigung der bisherigen Schranken für die Pflichtarbeit in einer Zeit, wo Millionen nach Arbeit schreien. Das gilt ebenso für die Wiedereinführung der Bestimmung, daß die Lohnklasse sich nicht aus den letzten 26, sondern aus den letzten 13 Wochen berechnet. Diese 13wöchige Berechnungsperiode war früher eine sehr vernünftige Regelung. Heute führt man sie jedoch nur deshalb wieder ein, weil dadurch immer die letzten Lohnsenkungen auch die Lohnklasse senken. Kleinlich ist obendrein die Bestimmung, wonach der Vorsitzende von sich aus anordnen kann, daß gelegentlich auch statt 13 wiederum 26 Lohnwochen die Lohnklasse bestimmen, nämlich dann, wenn sonst etwa doch ausnahmsweise einmal eine höhere Lohnklasse herauspringen könnte. Kleinlich ist die Bestimmung, daß verheiratete Frauen nur unterstützt werden können, wenn ihre „Bedürftigkeit“ feststeht, obwohl der gleiche Zweck schon bisher weitgehend durch den § 75a und durch die Anrechnung des Einkommens der Ehegatten erreicht wurde. Verhängnisvoll ist die Bestimmung, die künftig den Hauswirt auf das Arbeitsamt hegt, damit dieses als Pfändungsinstitut dem Hausbesitz zuliebe rückständige Mietsbeträge von der sonst als unpfändbar erklärten und obendrein

| Lohnklasse | Einheitslohn | Blabergige Säge | | Sehlege Säge | | Wittlin weniger |
|------------|--------------|-----------------|-------|--------------|-------|-----------------|
| | | Proz. | Proz. | Proz. | Proz. | |
| I | 8,— | 75 | 6,— | 70 | 5,60 | 0,40 |
| II | 12,— | 65 | 7,80 | 60 | 7,20 | 0,60 |
| III | 16,— | 55 | 8,80 | 50 | 8,— | 0,80 |
| IV | 21,— | 47 | 9,87 | 42 | 8,82 | 1,05 |
| V | 27,— | 40 | 10,80 | 35 | 9,45 | 1,35 |
| VI | 33,— | 40 | 13,20 | 35 | 11,55 | 1,65 |
| VII | 39,— | 37,5 | 14,63 | 32,5 | 12,67 | 1,96 |
| VIII | 45,— | 35 | 15,75 | 30 | 13,50 | 2,25 |
| IX | 51,— | 35 | 17,85 | 30 | 15,30 | 2,55 |
| X | 57,— | 35 | 19,95 | 30 | 17,10 | 2,75 |
| XI | 63,— | 35 | 22,05 | 30 | 18,90 | 3,15 |

Da die Säge für die Zuschlagsempfänger in derselben Höhe wie bisher bleiben, würde der in der Tabelle gezeigte Abzug in gleicher Höhe Ledige und Familienväter treffen. Er trifft natürlich auch die Unterstützten, die nach § 105a (Senkung der Lohnklasse, wenn in den letzten 52 Wochen Unterstützung bezogen wurde) die gekürzte Unterstützung beziehen, ebenso die Krienerunterstützten.

Hinzu kommt, daß die Wartezeit ganz allgemein um eine Woche auf 14 Tage bzw. 21 Tage verlängert wird, für kinderreiche Familien (4 und mehr Zuschlagsempfänger) von 3 auf 7 Tage, und daß sich bei vorausgegangenem Kurzarbeit künftig die Lohnklasse dadurch senkt, daß nur Arbeitszeitverfügungen bis auf weniger als 40 Arbeitsstunden voll gerechnet werden. Weiter tritt hinzu, daß grundsätzlich die Unterstützung für Jugendliche bis zu 21 Jahren beseitigt wird, sofern ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht. Betroffen werden von letzterem mehr als 120 000, wahrscheinlich sogar erheblich mehr, Unterstützungsempfänger im Alter bis zu 21 Jahren.

Die Mißhandlung der Saisonarbeiter

Nach unmöglicher ist die Regelung der Unterstützung bei den sogenannten Saisonarbeitern. Obwohl praktisch der früher gewohnte Begriff des Saisonarbeiters infolge der Wirtschaftskrise überhaupt fast völlig verlorengegangen, soll für mehr als ein Drittel aller Unterstühtungsbezieher die Unterstützung noch weit über das oben dargestellte Maß hinaus verkürzt werden. Tatsächlich ist von einer Saisonarbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr die Rede. Die hauptsächlich in Frage kommenden Verbände hatten Anfang Mai, also in der Zeit der höchsten Saison, immer noch folgende Arbeitslosenziffern (arbeitslos von je 100 Mitgliedern): Baugewerksbund 65,2, Zimmerer 71,5, Maler 60,5, Dachdecker 65,3, Steinarbeiter 57,8, Grobferamat 51,8. Es ist auch falsch, anzunehmen, daß Saisonarbeiter einen besonders hohen Lohn beziehen. Selbst die jagenhaften Bauarbeiterlöhne gehören, wenn man von einer kleinen Minderheit von Affordarbeitern absteht, ins Reich der Fabel. Außerdem unterliegen auch nicht nur die Bauarbeiter der Saisonarbeiterregelung. Betroffen ist eine ganze Reihe von Berufen. Erinnert sei nur an die Steinarbeiter, die gesamte Ziegelindustrie, Eisenbahnarbeiter, Landarbeiter usw. Alles das sind Berufe mit geringen Löhnen und mit einer auch zur Zeit beispiellosen hohen Arbeitslosigkeit. Den Erwerbslosen all dieser Berufsgruppen glaubt man zuzumuten zu können, daß vom 13. Juli ab ihre Bezüge um zum Teil 40 bis 50 Proz. gekürzt werden. Während bisher der Saisonarbeiter nur in der Zeit der sogenannten beruflichen Arbeitslosigkeit, d. h. für eine Spanne von 3-4 Monaten im Jahr, die reduzierte Saisonarbeiterunterstützung erhielt, soll er jetzt während des ganzen Jahres, also auch dann, wenn er in Massen in der Zeit der eigentlichen höchsten Saisonkonjunktur arbeitslos ist, nur die reduzierten Sätze erhalten. Obendrein werden diese Sätze noch erheblich vermindert gegenüber den bisher in der Saisonarbeiterunterstützung geltenden Sätzen. Welche Abstände man den Angehörigen dieser Berufe zumutet, zeigt die folgende Tabelle:

Ledige:

| Wartezeit | Einheitslohn | Blabergige Säge | Sehlege Säge | Wittlin weniger |
|-----------|--------------|-----------------|--------------|-----------------|
| 21-30 | IV | 10,80 | 8,82 | 1,98 |
| 31-40 | V | 12,60 | 10,08 | 2,52 |
| 41-50 | VI | 14,40 | 11,34 | 3,06 |
| 51-60 | VII | 16,20 | 12,60 | 3,60 |
| 61-70 | VIII | 18,00 | 13,86 | 4,14 |
| 71-80 | IX | 19,80 | 15,12 | 4,68 |
| 81-90 | X | 21,60 | 16,38 | 5,22 |
| 91-100 | XI | 23,40 | 17,64 | 5,76 |

Beziehungsrate mit zwei Kindern:

| Wartezeit | Einheitslohn | Blabergige Säge | Sehlege Säge | Wittlin weniger |
|-----------|--------------|-----------------|--------------|-----------------|
| 21-30 | V | 12,60 | 10,08 | 2,52 |
| 31-40 | VI | 14,40 | 11,34 | 3,06 |
| 41-50 | VII | 16,20 | 12,60 | 3,60 |
| 51-60 | VIII | 18,00 | 13,86 | 4,14 |
| 61-70 | IX | 19,80 | 15,12 | 4,68 |
| 71-80 | X | 21,60 | 16,38 | 5,22 |
| 81-90 | XI | 23,40 | 17,64 | 5,76 |

Politische Wochenschau

Die Krise vertagt. — Die Gründe der Sozialdemokratie. — Der Kampf geht weiter. — Der Standal der Großen. — Regierungskrise in Oesterreich.

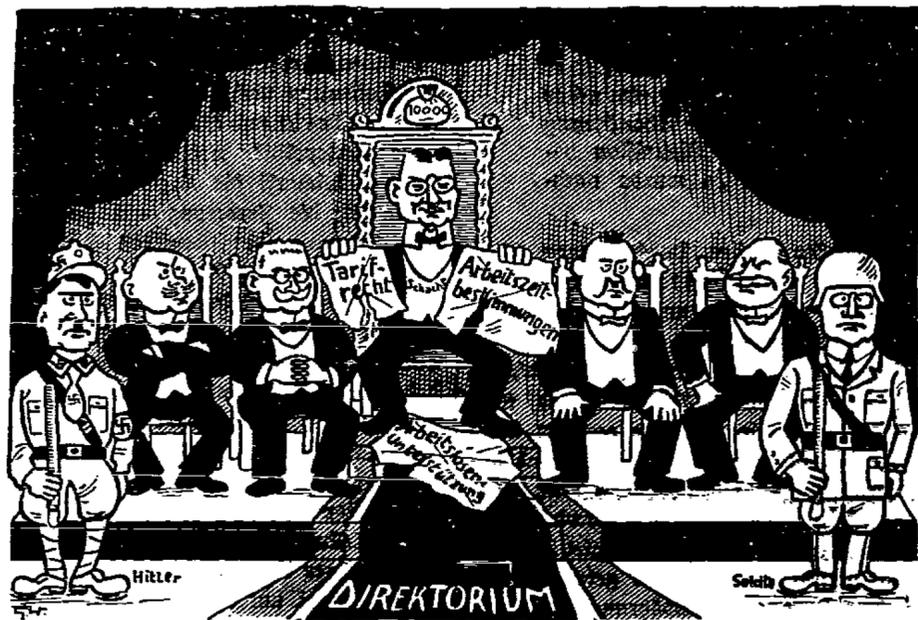
Der Ausbruch einer schweren politischen Krise ist noch einmal verhindert worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat von der Einberufung des Reichstages und des Haushaltsausschusses im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand genommen, nachdem die Regierung sich zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen zur Aenderung der Notverordnung bereit erklärt hatte. Es sollen schon jetzt durch die Ausführungsbestimmungen einige der schlimmsten Härten der Notverordnung gemildert werden. So ist zugestanden worden, daß die jugendlichen Erwerbslosen bis zu 21 Jahren nach den Sätzen der Krisenfürsorge unterstützt werden sollen, die Bedürftigkeitsprüfung soll ohne Schärfe gehandhabt werden. Für die Gemeindefürsorge soll keine Verkürzung der Lohnsätze eintreten, wenn die Arbeitszeit herabgesetzt wird. Ueber die Beseitigung oder

Milderung der anderen arbeiterfeindlichen Bestimmungen der Notverordnung sollen die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion fortgesetzt und zu diesem Zweck soll auch der Haushaltsausschuß des Reichstages einberufen werden.

Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotzdem jetzt nicht den Sturz des Kabinetts Brüning herbeigeführt hat, so ließ sie sich von der Ermüdung leiten, daß ein völliger Zusammenbruch der Wirtschaft solange wie irgend möglich vermieden werden muß, denn er würde für viele Millionen von Arbeitern den Verlust auch des kümmerlichsten Einkommens, mit dem sie jetzt noch ihr Dasein fristen, bedeuten. Zudem würde die sofortige Aufhebung der Notverordnung des Kabinetts Brüning nicht die völlige Befreiung des arbeitenden Volkes von allen Lasten gebracht haben, sondern mit aller Sicherheit war noch eine viel stärkere Belastung und Ausbeutung des Proletariats zu erwarten. Nationalsozialisten, Deutschnationale, das grobkagratische Landvolk, die sozialreaktionäre Wirtschaftspartei und die monopolkapitalistischen

Teile der Deutschen Volkspartei wollen noch schärfere Notgesetze gegen die Arbeiter. Diese Kreise standen schon bereit, um nach dem Sturze Brünings eine faschistische Diktatur zu errichten, die das Volk nicht nur politisch und sozial entrechtet, sondern auch die Lebenshaltung der Volksmassen noch tiefer herabdrücken soll. Diese Gefahren sind vorläufig beseitigt.

Die Sozialdemokratie hat aber mit dem Beschluß ihrer Reichstagsfraktion den Kampf gegen die Notverordnung des Kabinetts Brüning nicht etwa eingestellt; vielmehr kommen erst jetzt die entscheidenden Kämpfe gegen die in ihr enthaltenen volksfeindlichen Maßnahmen. Welchen Erfolg die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften in diesen Kämpfen erzielen, das hängt von der Unterstützung ab, die sie außerhalb des Parlaments bei den breiten Massen des Volkes findet. Die entscheidende Schlacht ist nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben worden. Dabei muß sich jeder Arbeiter, jede Arbeiterin dessen bewußt sein, daß die Arbeiterklasse nicht allein um Gegenwärtigerfolge, sondern weit darüber hinaus um die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, um die Aufrichtung einer höheren, der sozialistischen Gesellschaftsordnung kämpfen muß. Und welchen Ausgang dieser Kampf nehmen wird, das hängt nicht von der Entscheidung des einen Tages ab, sondern von der Geschlossenheit der proletarischen Front. Noch nie zuvor hat es sich so deutlich wie jetzt gezeigt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem unfähig ist, die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes entscheidend zu bessern. Es schöpft seine Kraft nur noch aus dem Elend der werktätigen Massen, aus dem Hunger der Millionen von Erwerbslosen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben in ihren Programmen und Rundgebungen oft genug den Weg gewiesen, der zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems führen muß. In den arbeitenden Massen liegt es, durch Zusammenbruch in den Massenorganisationen des Proletariats dafür zu sorgen, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht ein Wunsch für morgen, sondern die Wirklichkeit von heute wird.



Der Wunschtraum der Unternehmer aller Industriezweige

Allerdings wird man davon ausgehen können, daß zahlreiche Saisonarbeiter schon zur Zeit nicht die Vollunterstützung beziehen. Teils ist ihre Unterstützung nach § 105a gegenüber der Vollarbeitslosenunterstützung erheblich gekürzt, weil sie in den letzten 52 Wochen vor der letzten Arbeitslosmeldung Arbeitslosenunterstützung bezogen hatten oder sie sind als langfristig erwerbslos bereits in der Krisenfürsorge. Wird auch in diesen Fällen die Unterstützung nicht in dem Maße herabgesetzt, wie die vorige Tabelle es zeigt, so bleibt die grundsätzliche Reduzierung auf die Krisenfürsorge ebenso unerträglich. Zudem muß beachtet werden, daß das Arbeitsministerium eine weitere Verschlechterung der Krisenunterstützung auf dem Verhandlungswege plant.

Beseitigung des Versicherungsprinzips

Darüber hinaus wird jede Rechtsgarantie für die Versicherungsleistung grundsätzlich dadurch beseitigt, daß künftig der Vorstand der Reichsanstalt die Pflicht haben soll, Einnahmen und Ausgaben durch selbständige Beischüsse auszugleichen. Er kann auf Darlehensmittel nicht zurückgreifen und soll daher ermächtigt sein, gegebenenfalls den Beitrag zu ändern und die Unterstützung noch weiter zu vermindern. Er hat nur für seine Beischüsse eine Grenze: er darf die Unterstützungslast nicht unter die Sätze der Krisenunterstützung senken. Er darf auch die Höchstdauer der Unterstühtung kürzen. Ein gefährlicher Schlag der Regierung! Man muß für die Zukunft den Streit über die Höhe der Versorgung der Arbeitslosen loslösen von den politischen Intrigen und sie verlagern in die geheimen Sitzungen des Vorstandes der Reichsanstalt. Eine bequeme Maßregel, wenn nicht Millionen von Arbeitslosen das Opfer wären.

Soweit die wesentlichsten Bestimmungen der Notverordnung. Es sind nicht alle. Prinzipien die Abfänger, die Heimarbeiter weitgehend aus der Versicherung herauszu-

bringen, die Freizügigkeit dadurch einzuschränken, daß den aus den kleineren Orten in die größere Stadt Zugereisten ein voller Unterstühtungsanspruch erst dann zustehen soll, wenn er mindestens ein volles Jahr in dieser Stadt wohnhaft war. Ist diese Frist nicht erfüllt, so beschränkt sich der Unterstühtungsanspruch nur auf 4 Wochen, und den Rest der Unterstühtung kann er nur im früheren Wohnort geltend machen. Die Notverordnung sorgt auch dafür, daß die zur Zeit geltenden Bestimmungen über den Unterstühtungsanspruch dahingehend abgeändert werden, daß nicht etwa der dadurch in seinem Versicherungsanspruch beschränkte Arbeitslose die gemeindliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen kann.

Diese Bestimmungen sollen im laufenden Haushaltsjahr (bis Ende März 1932) eine Einsparung von etwa 400 Millionen Mark ergeben. Daß angesichts der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzlage Opfer gebracht werden müssen, verkennt niemand. Aber das Opfer muß ein allgemeines sein. Diesen Weg geht die Notverordnung nicht. Sie belastet völlig einseitig Arbeiter und Beamte und jucht den Weg über eine einfach unmögliche Beschränkung der Sozialleistungen. Am meisten belastet sie die Millionen von Arbeitslosen, die Opfer einer von den Unternehmern betriebenen falschen Wirtschaftspolitik. Die Notverordnung schont auf der anderen Seite den Besitz, den sie zum Teil noch durch neue Subventionen unterstützt. Sie läßt die Landwirtschaft in weitem Umfang krisensteuerfrei und läßt die Arbeitslosen der Landwirtschaft außerdem weitgehend durch die Beiträge der Industriearbeiterschaft unterstützen, um zu gleicher Zeit eine gesamtwirtschaftlich immer verhängnisvollere Schutzpolitik zugunsten der Landwirtschaft zu treiben. Glaubt die Reichsregierung wirklich, auf diesem Wege die schwierige Lage Deutschlands überwinden zu können? So geht es nicht. Die Arbeitslosenversorgung läßt sich anders regeln, als die Bestimmungen der Notverordnung es wollen.

Die Regierung Brüning hat in ihrer Notverordnung behauptet, daß sie die Lasten in gerechter Weise auf alle Kreise der Bevölkerung verteilt habe. Wir haben schon nachgewiesen, daß das Gegenteil der Fall ist: die besitzenden Klassen werden geschont, um so mehr wird den besitzlosen Volksschichten auferlegt.

Ein besonders kraffes Beispiel für die Bevorzugung der besitzenden Klassen bietet die Behandlung der Großen.

Es ergibt sich aus dem Reichshaushalt für Versorgung und Ruhegehälter, daß allein an 1856 Minister und Generale Pensionen und Wartegelder von zusammen jährlich 23 Millionen Mark gezahlt werden. Davon erhalten 136 Generale je 16 083 Mk., 279 Generalleutnants je 13 815 Mk., 843 Generalmajore je 11 472 Mk. bis 13 815 Mk. Es handelt sich im wesentlichen um Generale aus dem alten kaiserlichen Heere und es befinden sich darunter eine große Anzahl, die entweder noch hohe Einkommen aus privater Beschäftigung oder aus eigenem Vermögen beziehen.

Der ehemalige Kronprinz von Preußen hat eine jährliche Militärpension von 24 000 Mk.

nach mehr erhalten einige kaiserliche Kriegsmilitäre. Das Skandalöseste aber ist, daß die Republik viele Generale hoch bezahlt, die keine andere Beschäftigung haben, als sich mit Hakenkreuzern und Stahlhelmen gegen die Republik zu verbünden. Zu ihnen gehört auch General Ludendorff, der jährlich fast 17 000 Mk. bezieht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat immer wieder gefordert, daß der Skandal der hohen Pensionen endlich beseitigt werde. Die Durchführung dieser Forderung scheiterte aber stets an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien, zu denen auch die Nationalsozialisten gehören.

Die Bundesregierung in Oesterreich ist zurückgetreten. Die Ursache dafür bildete der Zusammenbruch der größten Industrieanstalt des Landes, der Oesterreichischen Kreditanstalt.

Devisenschlacht

Während der politischen Krise in Deutschland, die sich in der ersten Junihälfte zum Kampf für und gegen die Notverordnung verdichtete, löste die Reichsbank eine besondere Schlacht auf den Devisenmärkten der ganzen Welt. Diese Schlacht hat Deutschland bis zum 15. Juni direkt eine Milliarde Mark an Gold und Devisen gekostet. Der Reichsbankdiskont mußte um 2 Proz. heraufgesetzt werden. Die wirtschaftlichen Schäden und die wirtschaftlichen Auswirkungen sind unübersehbar.

Deutschland ist ein kapitalarmes Land und damit auf die Finanzhilfe des Auslandes angewiesen. Wie sich unsere Wirtschaft entwickelt, das hängt in starkem Ausmaß davon ab, ob uns das Ausland Anleihen zur Verfügung stellt und wie groß diese Anleihen sind. Es dürfte bekannt sein, daß die Verschärfung der Wirtschaftskrise zum Teil darauf beruht, daß Deutschland nicht über die nötigen Auslandsanleihen verfügt.

Diese Anleihen werden durchaus verschiedenen gegeben. Man gibt sie als sogenannte langfristige Anleihen. Diese werden erst nach 10 oder 20 Jahren fällig und gewöhnlich sieht man eine Teiltilgung dieser Anleihen von Jahr zu Jahr vor. Die Geldgeber lassen sich auch gewöhnlich für ihr Geld ein Pfand geben, Grundstücke, Häuser, Maschinen usw. Bei diesen langfristigen Anleihen liegt eine gewisse Stabilität vor. Beide Seiten wissen, woran sie sind. Der Geldgeber kann z. B. nicht von heute auf morgen kommen und sein Geld zurückverlangen. Das ist aber bei kurzfristigen Anleihen doch der Fall.

Die kurzfristigen Verpflichtungen der deutschen Banken gegenüber dem Ausland werden auf etwa 4,5 bis 5 Milliarden Mark geschätzt. Dieses Geld haben die Banken selbstverständlich nicht in ihren Kassen liegen. Sie haben es verliehen, an die Wirtschaft, an den Handel usw. Ohne Zweifel ist man bei uns in der Verwendung dieses Geldes so weit gegangen, neue Maschinen, ganze Fabriken u. a. m. zu kaufen. Der Gegenwert für dieses kurzfristig verliehene Geld ist allerdings in diesen Maschinen usw. vorhanden. Damit hat man aber noch kein Geld, wenn das Ausland vor heute auf morgen seine kurzfristigen Anleihen kündigt. Die Banken unterhalten im Auslande selbstverständlich eine Valutarreserve. Sie dürfte aber nicht groß genug sein, um die Gefahren ohne weiteres zu bannen, die aus einer übermäßigen Kündigung des kurzfristigen Auslandskredits für unsere Wirtschaft erwachsen.

Es sei noch bemerkt, daß die Kündigung des kurzfristigen Kredits oft gebraucht wird, um einen politischen Druck auf andere Länder auszuüben. Besonders in Frankreich, wo die Politik sehr eng mit der Finanz zusammenarbeitet, ist ein solches Druckmittel beliebt. Frankreich hat es z. B. gegen Deutschland während der Reparationsverhandlungen im Frühjahr 1929 angewandt, wo es zu einer Kündigung von kurzfristigen Auslandskrediten gekommen ist. Eine zweite große Kündigung erfolgte im Herbst 1930 nach den Reichstagswahlen, die das Emporschnellen der rechtsradikalen Stimmen brachte. Alle Welt erwartete einen Rutsch. Das Vertrauen zu Deutschland sank und man zog sein Geld aus Deutschland zurück. Der Grund war eine ausgesprochene Vertrauenskrise. Was man oft als seinen Mechanismus der Kredit- und Finanzwirtschaft bezeichnet, ist im Grunde genommen nichts anderes als ein aus lauter Panik zusammengefügter Kapitalist, der, wenn ihn die Angst um sein Geld packt, eben zu retten sucht, was seiner Meinung nach noch zu retten ist und dabei weder wirtschaftliche noch nationale Rücksichten kennt.

Von einer Kündigung kurzfristiger Anleihen erfährt man zuerst in den ersten Junitagen. Der große Abzug fremden Geldes aus Deutschland begann.

Man muß sich den Verlauf so vorstellen, daß das Ausland z. T. seine kurzfristigen Kredite nicht verlängerte (prolongierte) und sein Geld zurückhaben wollte. Es heißt, daß hieran besonders amerikanische Geldinstitute beteiligt waren, die sich aus dem europäischen Geschäft zurückziehen wollten. Die Franzosen — entgegen falschen Nachrichten in der bürgerlichen Presse ist das festzustellen — bewahrten demgegenüber große Ruhe. Die Banken selbst taten, was man in solchen Situationen überhaupt tun kann. Sie zählten prompt auf Heller und Pfennig aus. Es gibt auch kein anderes Mittel, um die fürchterlichen Gefahren einer Vertrauenskrise abzubiegen. Sie mußten aber die gekündigten Kredite in Devisen auszahlen. Dabei sind die Banken wieder einmal so vorgegangen, daß sie ihre Valutawerte im Auslande schonen. Dagegen

nahmen sie Kredit bei der Reichsbank in Anspruch und machten sich daran, mit diesem Kredit Devisen aufzukaufen. Damit entbrannte die Schlacht auf den Devisenmärkten. Als sich die politischen Verhältnisse immer mehr verwickelten und die Deutsche Volkspartei mit schwerindustriellen Diktaturplänen liebäugelte, steigerte sich die Krise. In diesem Augenblick hat auch ohne Zweifel die inländische Kapitalflucht wieder eingeseht. Obwohl diese anscheinend nicht das Ausmaß erreicht hat wie vor und nach der Hitlerwahl.

Die erste Voraussetzung für eine Beruhigung auf den Devisenmärkten war der Abschluß der politischen Krise und die Sicherung der Regierung. Wir möchten ja-

gen, daß diese Motive ausschlaggebend für die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Notverordnung gewesen sind.

Im übrigen hat man den Zinssatz der Reichsbank, also den sogenannten Reichsbankdiskont, um 2 Proz. erhöht. Der Reichsbankpräsident Dr. Luther hat damit das Leihgeld verteuert. Er suchte darin ein Mittel, um die Banken vom Kauf von Devisen abzuhalten. Das ist ihm in großem Ausmaß gelungen.

Die Erhöhung des Diskonts ist aber in Wirklichkeit Kreditverknappung und Kreditverteuerung. Das wird sich in den nächsten Wochen und Monaten auswirken. Wo sich aber der Kredit verknappt und verteuert, schränken sich die Arbeitsmöglichkeiten ein. Das sind die wirtschaftlichen Schäden der Devisenschlacht, die sich nicht überschauen lassen. Ihr Ausdruck wird eine Steigerung der Arbeitslosigkeit sein. Wir müssen sehen, wie wir damit fertig werden — und dahin gehört der energische zu führende Kampf gegen die Unvernunft der letzten Notverordnung.

Aus dem anderen Lager

Also doch Klassenmoral

Nichts hat die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaftsauffassung so sehr ergrüt, als die an Hand unzähliger Beispiele gestützte Feststellung der Marxisten, daß es eine Klassenmoral gebe. Der Arbeiter, der es ablehnt, Streikbrecherarbeit zu leisten, begeht, vom Standpunkt seiner Klasse aus betrachtet, eine sittliche Tat, während sie dem Kapitalisten als verwerflich erscheint, da die Haltung dieses Arbeiters seinen Profit gefährdet.

Ein Unternehmer, der sich nicht den Anweisungen seines Verbandes fügt, verstößt gegen die Grundzüge seiner Klasse und wird als Schädling angesehen.

Diese Gedanken kommen uns, wenn wir folgende Nachricht über den französischen Textilarbeiter lesen, die sich die „Textil-Zeitung“ aus Paris mitteilen läßt:

„Le Peuple“, die Tageszeitung der freien Gewerkschaften Frankreichs, glaubt zu wissen, daß hinter den elf nicht dem „Consortium Textile“ angeschlossenen Textilindustriellen, die eine Arbeitsaufnahme zu den alten Löhnen anregen und sich verpflichten wollen, die Löhne erst am 1. September um nur drei Prozent herabzusetzen, nahezu 180 nordfranzösische Textilindustrielle stehen, also rund die Hälfte der dem „Consortium Textile“ angeschlossenen Unternehmungen.

Mag diese Ziffer auch stark über der Wirklichkeit liegen, so ist doch nicht zu verkennen, daß zahlreiche nordfranzösische Textilindustrielle mit der schroffen, jede Konzession ablehnenden Haltung des „Consortiums“ nicht mehr einverstanden sind und im Glauben an der Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung der bis jetzt noch stehenden Kampffront zu wanken beginnen. Von prominenter Seite des „Consortium Textile“ wird uns allerdings versichert, daß die Erhaltung der Moral im Unternehmerlager nur auf die Annulationen zurückzuführen ist, die wie zu erwarten war, in der vergangenen Woche sich gehäuft haben. Ihr Charakter sei also durchaus vorübergehend. (Herzlichen Glückwunsch im Druck von uns. Die Red. d. „Textil-Arbeiter.“)

Die Moral im Unternehmerlager ist erschüttert? Das kann nur soviel heißen, daß das moralische Geleß der Unternehmer „Zusammenhalten“ heißt. Wer dagegen verstößt, handelt unmoralisch. Gut, sehr gut! Wenn sich aber die Arbeiter organisieren, um geschlossen den Kampf für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu führen, dann heißt es, sie sind Hähern zum Opfer gefallen. Also bleiben wir nur lieber bei unserer Klassenmoral, da sie eine Tatsache ist, die auch die Gegner nicht leugnen!

Eine neue Theorie

Unter der Überschrift „Der würdige Hochschulpflichter“ veröffentlicht der „Montag Morgen“ in seiner Nr. 24 Auszüge aus einem Artikel, den ein Professor Schreiber von der Technischen Hochschule, München, in der Zeitschrift „Technik und Kultur“ Nr. 2 veröffentlicht hat. Er hält dieselbe Linie ein wie sein Kollege Röde von der Berliner Technischen Hochschule, der darlegte, wie man mißliebige Arbeiter nach neuesten „arbeitswissenschaftlichen“ Methoden aus dem Betrieb hinausdraufen kann.

Die Münchener Professorenblüte gibt nun zunächst eine Begriffsbestimmung des Wortes „sozial“:

„Sozial heißt: Erhaltung der Arbeitsscheuen auf Kosten der Arbeitswilligen und der Arbeitsfreudigen.“

Dann aber folgen wahrhaft klassische Ausführungen:

„Der Ertrag eines industriellen Wertes muß zwischen Leiter, Mitträgern der Verantwortung und Muskelarbeitern geteilt werden.“

Nach einem unabänderlichen Naturgesetz muß diese Teilung so vorgenommen werden, daß diejenigen, die nichts als Muskelarbeiter sind, die auch nicht das geringste Wissen von Geistesarbeit leisten, der jehesmaligen, durch die fördernde Geistesarbeit der früheren Geschlechter ermöglichten Lebenshaltung des Volkes entsprechend nur gerade leben können.

Die Lohntüte als „Aufklärungsmittel“

Die Aufklärung ist auch danach

Vor einiger Zeit berichteten wir schon einmal über den neuen Dreh der Feinde der Sozialversicherung, diese Institution durch Lügen planmäßig zu unterhöheln.

Eine Bochumer Firma druckt nun in größeren Mengen solcherart beschriftete Lohntüten, und man hegt dabei die Hoffnung, daß die Arbeiter, die diese Lohntüten in Empfang nehmen, noch dümmere sind als die Urheber der geistigen Extremente, die sich auf der Rückseite der Lohntüten verewigt haben. Denn wer dem dort aufgedruckten Quatsch irgendwelche Bedeutung zumißt, muß fürwahr geistig nicht ganz auf der Höhe sein.

So heißt es in einem Entwurf ganz ernsthaft:

„Sie könnten 36293,52 Mk. beifügen, wenn Sie 40 Jahre lang jede Woche 6 Mk. auf einem Sparkonto bei 5 Proz. Verzinsung anlegen und die Zinsen immer wieder zum Kapital schlagen würden. Sie werden sagen, daß Sie einen so hohen Betrag nicht jede Woche zurückerlegen können, aber sehen Sie bitte auf der Vorderseite dieser Lohntüte nach, wieviel Sie in dieser Woche an Beiträgen für die Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zahlen müssen und rechnen Sie den Betrag dazu, den der Arbeitgeber an diese Versicherungen und an die Unfallversicherung abführen muß (dieser Betrag wird Ihnen nämlich entzogen, weil der Unternehmer die gesamten Kosten der Arbeitskraft kalkülieren muß, ohne Rücksicht darauf, ob er die Beiträge an die Arbeiter oder an die Versicherungen auszahlen muß). Ist der gesamte Betrag für die Sozialversicherung nicht viel höher als das, was Sie sich ohne diese teuer arbeitenden finanziellen Einrichtungen zurückerlegen könnten? Und doch würden Sie durch freiwillige Ersparnisse sich einen ruhigen Lebensabend und Ihren Kindern ein Erbe sichern können, während Ihnen die Sozialversicherung trotz der hohen wöchentlichen Beiträge im Laufe Ihres ganzen Lebens bestenfalls einen Bruchteil der Summe auszahlt, die Sie sich zusammensparen könnten.“

Ein anderer Entwurf unterstreicht und putzt die Arbeiterschaft noch in stärkerem Maße auf:

„Die Arbeiter unseres Betriebes zahlen eine Sondersteuer von durchschnittlich ... Mk. pro Mann und Woche als Beitrag für die Sozialversicherung. Das macht bei unserer Belegschaft von rund ... Mann im Jahre ungefähr ... Mk. aus. Rechnen Sie dazu noch

Dieses Naturgesetz der Lohnverteilung ist darin begründet, daß, wie schon oben gesagt, nur die fördernde Geistesarbeit die Besserung der Lebenshaltung des Volkes ermöglicht, während die Muskelarbeiter an dieser Besserung keinen Teil haben. Sie könnten bestenfalls die augenblickliche Lebenshaltung aufrechterhalten, aber auch das wird ihnen nicht gelingen. Da Stillstand Rückgang ist, so wird ihre Lebenshaltung sicherlich zurückgehen.

Der Nur-Muskelarbeiter hat auf Grund seiner Muskelarbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Erde überhaupt, also vielleicht der Neanderthal-Mensch besaß.

Das, um was seine jegliche Lebenshaltung besser ist, verdankt er ausschließlich der Gütmütigkeit der Geistesarbeiter, die ihm vom Ertrag ihrer Geistesarbeit freiwillig abgeben.“

Der „Montag Morgen“, der sich in dankenswerter Weise die Mühe gemacht hat, das wirre Zeug des Herrn Professors durchzulesen, hebt noch weiteres heraus:

„Der Herr Professor ist aber nicht nur auf die Muskelarbeiter schlecht zu sprechen. Auch die Arbeit der Büroangestellten, der Lehrer usw. gilt ihm nichts. Sie ist nur Gedächtnisarbeit. Nur die „fördernden Geistesarbeiter“, die „Denkarbeiter“, schaffen Werte und dürfen darum gut verdienen. Zu diesen fördernden Geistesarbeitern aber rechnet der Professor vor allem die Leiter der größeren Fabriken und Unternehmungen!“

Nach ihm ist der Arbeiter überhaupt nur eine Art besseres Tier. Er unterscheidet drei Arten: die überaus dünne Schicht der Arbeitsfreudigen, die etwas größere der Arbeitswilligen und die weitaus stärkste: die Arbeitsscheuen. Nachdem wir das gelesen haben, kennen wir auch die Ursache unserer großen Arbeitslosigkeit: es gibt zu viele Arbeitsscheue!

Solch elender Bodmist ist offenbar die Nahrung, meint der „M.M.“, mit der die belagerten Studierenden versorgt werden. Der Artikel des „M.M.“ klingt mit einem gewissen Recht in die Frage aus: „Was gedenkt der Herr preußische Kultusminister gegen die Verbreitung dieser „Neanderthal“-Hanswurftaden vom Lehrstuhl einer staatlichen Hochschule zu tun?“

den Anteil, den der Arbeitgeber an die Versicherungen abzuführen hat, so haben Sie ... Mk., die für unsere Arbeiter jährlich an die Organe der verschiedenen Sozialversicherungen gezahlt werden, anstatt daß sie dem Arbeiter für Notfälle zur freien Verfügung stehen, wie es richtig wäre. Und nun fragen Sie Ihre Arbeitskollegen, welche Leistungen Sie im Laufe eben dieses Jahres von den sozialen Versicherungseinrichtungen empfangen haben! Glauben Sie, daß die Summe aller Leistungen auch nur einsechstel so hoch ist wie die Summe aller gezahlten Beiträge? Fragen Sie die Leiter der einzelnen Versicherungsorgane, wieviel Tausende von Fällen des Mißbrauches der Sozialversicherung ihnen bekannt sind; fragen Sie das Reichsversicherungsamt, wieviel Beamte nötig sind, um den ganzen Versicherungsapparat zu verwalten!

Fragen Sie die Architekten und Baumeister, welche Summen die Verwaltungspaläste der Krankenkassen in den Städten gekostet haben; fragen Sie die Ärzte, wieviel Tausende von Kranken gesund wären, wenn sie nicht Krankengelder bekämen! Dann wissen Sie, wofür Sie sich die Sondersteuer gefallen lassen müssen!“

Eine etwas anders geartete Methode der „geistigen Aufklärung“ betreibt die Leitung der Flugblattfabrik Gocklob und Sohn in Lengsfeld i. Vogtl. Damit die an sich mageren Lohntüten etwas dickleibiger werden, legt sie ihnen Makulatur in Gestalt von Flugblättern eines sogenannten Fichtebundes e. V. in Hamburg bei. Der große Aufklärer Fichte würd es sich im Grabe herum drehen, wenn er erführe, was für eine Horde Leute sich unter seinem Namen zusammengefunden hat. Ein Flugblatt spricht von den „Preßbestechungen zur Vorbereitung des Weltkrieges“. Natürlich handelt es sich nur um Politiker des Auslandes, welche die Presse ihres Landes durch Subsidien förderten, um sie ihrem Willen, der zum Kriege drängte, gefügig zu machen. Daß die mißheimischen Politiker in dieser Hinsicht noch größere Meißer waren, verschweigen die Hamburger „Aufklärer“.

Auf derselben Höhe steht ein Flugblatt, das sich gegen den Marxismus wendet.

Die Arbeiter, denen solche „Aufklärungsschriften“ in die Hände gespielt werden, sollen sie für den einzig möglichen Zweck verwenden, der nur dafür in Frage kommt!

Neuer Kartellvertrag in der Juteindustrie

Abtötung der freien Konkurrenz

Zweifellos gehört die Juteindustrie zu denjenigen Branchen der deutschen Textilindustrie, die in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise den schwersten Stand haben. Hier ist die Situation durch den Umstand verschlimmert, daß die große Billigkeit der Baumwolle der Jute verschiedene Verarbeitungsgebiete streitig macht. Es kann zugegeben werden, daß infolgedessen eine scharfe Konkurrenz unter den Juteerzeugnissen herstellenden Fabriken zu verzeichnen war.

Zwar war schon bisher der größte Teil der Juteindustrie in der Interessengemeinschaft Deutscher Juteindustrieller zusammengeschlossen. Das genügt, um die Produktion wie auch die Preise zugunsten der Juteindustrie zu regeln. Trotzdem war es stets das Bestreben der Interessengemeinschaft, die sogenannten Außenseiter sich anzugliedern. Zu den bedeutendsten Außenseitern gehörten insbesondere die Westfälische Jutespinnerei und -weberei A.-G., Ahaus, mit rund 1100 Beschäftigten und die Jutespinnerei und -weberei Kassel A.-G. mit etwa 1000 Beschäftigten.

Seitens der Interessengemeinschaft wurden Verhandlungen mit den Außenseitern eingeleitet, in die auch der Jutegroßhandel einbezogen wurde. Mitte Mai haben diese Verhandlungen zu einem Erfolg geführt, worüber seitens der Interessengemeinschaft Deutscher Juteindustrieller offiziell mitgeteilt wurde:

„Die Verhandlungen, die die Interessengemeinschaft Deutscher Industrieller mit den ihr nicht angeschlossenen Unternehmungen der Juteindustrie und den Vertretern des Jutegroßhandels geführt hat, um den ruinösen Marktverhältnissen ein Ende zu machen, sind jetzt abgeschlossen. Das Ergebnis ist in dem Jutevertrag, einem die Industrie und den Großhandel umfassenden Abkommen über die Regelung der Erzeugung und der Verkaufspreise zusammengefaßt. Der Vertrag tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.“

Mit dem Zustandekommen des Jutevertrages, der zwischen der Interessengemeinschaft Deutscher Juteindustrieller und den Außenseitern einerseits sowie zwischen der Juteindustrie und dem Jutegroßhandel andererseits geschlossen wurde, wird eine Periode schärfsten Preiskampfes unter den Interessenten beendet. Der bisherige scharfe Wettbewerb wird damit aufhören.

Schon vorher ist es jedoch den Juteindustriellen gelungen, einen erhöhten Zollschutz gegen den Absatz ausländischer Juteerzeugnisse auf dem innerdeutschen Markte durchzusetzen.

Durch die Ausschaltung der freien Konkurrenz in Verbindung mit diesem Zollschutz wird es der deutschen Juteindustrie recht bald gelingen, höhere Preise für ihre Produkte zu erzielen. Glücklicherweise bleibt trotzdem die Konkurrenz, die die Baumwolle der Jute bereitet, bestehen.

Internationale Gewerkschaftsbewegung

Der Großkampf in Norwegen

(IGB.) Die große Aussperrung in Norwegen dauert nun schon einige Monate, ohne daß ein Ende des Kampfes abzusehen ist. Von der Aussperrung sind ungefähr 85 000 Arbeiter der verschiedenen Berufe betroffen, dazu kommen die auch in Norwegen zahlreichen Arbeitslosen, so daß der größte Teil der 137 000 Mitglieder des Gewerkschaftsbundes aus dem Produktionsleben ausgeschaltet ist. Der Kampf ist denn auch der größte und langwierigste, der jemals in Norwegen ausgetragen wurde. Aus der Tatsache, daß die Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter einen Betrag von ungefähr 1 1/2 Millionen Kronen pro Woche erfordert und bisher über 14 Millionen Kronen an Unterstützungen ausbezahlt wurden, ersieht man, welche Belastungsprobe dieser Kampf für die norwegische Gewerkschaftsbewegung ist.

Wie bereits gemeldet, fordern die Unternehmer unter Hinweisung auf die ausländische Konkurrenz usw. eine Herabsetzung der Löhne um 10 bis 20 Proz. Außerdem fordern sie Kürzung der Urlaubsdauer und eine kräftige Herabsetzung der Ueberstundensätze. Demgegenüber fordern die Gewerkschaften die Einführung des Siebenstundentages unter Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne und Arbeitsbedingungen. Nach Verhandlungen mit den Vertretern beider Parteien hatte der staatliche Schlichter einen Schlichtungsantrag gestellt, wonach die Löhne um 7 1/2 bis 9 Proz. gekürzt werden sollten, dieser Antrag wurde jedoch von den Mitgliedern fast einstimmig abgelehnt. Demgegenüber haben die Gewerkschaften sich bereit erklärt, ähnliche Bedingungen anzunehmen, wie sie neulich vom dänischen Schlichter als Grundlage für den Abschluß der allgemeinen Lohnbewegung in Dänemark formuliert wurden.

Der Kampf der norwegischen Arbeiter wird im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften Dänemarks und Schwedens geführt. Auch diesmal haben sich die seit Jahren zwischen den skandinavischen Berufsverbänden bestehenden Gegenseitigkeitsverträge bestens bewährt, indem es auf diesem Wege möglich ist, einen Teil der benötigten Mittel anzubringen; außerdem werden auch auf andere Weise Mittel zur Verfügung gestellt. Da die Stimmung und die Solidität unter den kämpfenden Arbeitern die denkbar beste ist und Streikbrecher praktisch nicht zu verzeichnen sind, wird es den norwegischen Gewerkschaften hoffentlich gelingen, den ihnen aufgezwungenen Kampf erfolgreich zu beenden.

Im Kampf gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

(IGB.) Die kürzlich herausgegebene erste Auflage der im Verlag des IGB. erschienenen Schrift über die Ergebnisse der Verhandlungen der von IGB. und der SAL. eingesetzten Gemeinsamen Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist bereits vergriffen. Die zweite Auflage befindet sich in Vorbereitung und wird demnächst erscheinen. Die Broschüre

ist das abschließende Urteil der internationalen Arbeiterbewegung über die jetzige Gestaltung der Verhältnisse; sie ist die schärfste Kritik der für die Krise verantwortlichen Wirtschaftsführung und weist die Mittel und Wege zur Überwindung der Krise. Mit der Verbreitung der Schrift verrichtet man nicht nur gute Aufklärungsarbeit, sondern trägt auch zur Verwirklichung der in diesen Leitsätzen enthaltenen Maßnahmen bei.

Internationale Sozialpolitik

Rundtischkonferenz über das japanische Gewerkschaftsgesetz

Im Dezember 1930 hatte die japanische Regierung eine Rundtischkonferenz zur Beratung des Gewerkschaftsgesetzes einberufen. Diese Konferenz hatte keinen Erfolg, weil sich die maßgebenden Arbeitgeber in Tokio nicht beteiligten. Um die Meinungen aller Parteien zu erfahren, hat die Regierung am 17. Januar 1931 eine zweite Rundtischkonferenz einberufen, zu der Vertreter der Arbeitgeber und der Öffentlichkeit eingeladen worden waren; die Vertreter der Arbeiter waren ausdrücklich nicht zugezogen worden, um den Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten offen darzulegen. Der Minister für innere Angelegenheiten, Adachi, eröffnete die Konferenz.

Stellungnahme der Arbeitgeber.

Die Arbeitgebervertreter erklärten, daß der Entwurf die Interessen derjenigen nicht ausreichend berücksichtige, die unmittelbar für die Leitung der Industriebetriebe verantwortlich seien. Der Entwurf würde die klassenkämpferischen sozialistischen Gewerkschaften fördern und nicht die Verbände, die für eine harmonische Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eintreten; die mittleren Industriebetriebe hätten besonders zu leiden; wenn die klassenkämpferischen Verbände rechtlich anerkannt würden.

Als der Innenminister konkrete Beispiele dafür erbat, daß die Vertretung der Arbeitgeberinteressen im Gesetzentwurf nicht hinreichend gewahrt sei, erwiderten die Arbeitgeber, daß als Gewerkschaften vor allem Vereinigungen von Arbeitern bezeichnet werden, welche die Aufrechterhaltung oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen erstreben. Alle übrigen Interessen der Arbeiter würden im Gesetzentwurf erst in zweiter Linie genannt, die aber nach ihrer Ansicht den Hauptzweck der Gewerkschaften darstellen. Sie widersprachen ebenfalls der Bestimmung, daß andere Personen als Arbeiter einer Gewerkschaft beitreten können, und daß die Gewerkschaftsmitglieder nicht für solche Schäden zu haften brauchen, die einem Arbeitgeber durch Arbeitsstreitigkeiten entstehen.

Die Antwort der Regierung.

Der Innenminister bedauerte in seiner Antwort, daß sich die Arbeitskämpfe immer mehr zu politischen Angelegenheiten entwickelten, statt sich auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken, und erklärte, daß die Durchführung

des geplanten Gesetzes notwendig sei, um eine Verschärfung solcher Kämpfe zu verhindern und sie freundschaftlich beizulegen. Er erklärte zum Schluß, daß auch die Arbeitgeber an einer Verschärfung der Arbeitskämpfe schuld wären.

Die Vertreter der Öffentlichkeit gaben während der Verhandlungen keinerlei Erklärungen ab.

Fabrikgesetz in China.

Die chinesische Regierung beabsichtigt, das Fabrikgesetz vom 1. Februar 1931 ab im chinesischen Gebiet durchzuführen und es ebenfalls in den ausländischen Fabriken in den Konzessionsbezirken in Anwendung zu bringen.

Nach neueren Mitteilungen aus Nanking haben sowohl die chinesischen als auch die ausländischen Fabrikbesitzer dagegen Einspruch erhoben, so daß wegen der Schwierigkeiten einer unmittelbaren Durchführung der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes auf den 1. 8. 1931 hinausgeschoben worden ist. Da für die Durchführung des Gesetzes auch eine geeignete Fabrikaufsicht geschaffen werden muß, hat der Gesetzgebende Rat der Nationalen Regierung der Republik China am 31. 1. 1931 ein Gesetz über die Fabrikaufsicht angenommen.

Kritik des Gesetzes.

Gegen das Fabrikgesetz wurden im einzelnen folgende Einwendungen erhoben:

1. Während das Gesetz als Mindestzulassungsalter zur Beschäftigung 14 Jahre vorsieht, werden jetzt zahlreiche Kinder zwischen 10 und 14 Jahren beschäftigt. Insbesondere sind in den Seidenspinnereien schon Kinder zwischen 7 und 8 Jahren tätig.

Das Gesetz würde, wenn es in Kraft träte, eine Härte für die entlassenen Arbeiter bedeuten, da vor allem jede Schulpflicht fehlt.

Die Ausführungsbestimmungen für das Inkrafttreten des Gesetzes sind hinsichtlich der Festsetzung des Alters der Kinder zu ungenau. Nach diesen Bestimmungen muß im Zweifelsfalle der „gesetzliche Vertreter“ des Kindes das Alter angeben. Diese Bestimmung wird, wie man befürchtet, mißbraucht werden.

2. Das Gesetz bestimmt als Höchstarbeitstag 8 Stunden, was eine sehr einschneidende Umstellung der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen in China bedeuten würde. Die erlaubten Abweichungen sind nicht genau bestimmt, und die für die Gewährung der Ausnahmen „zuständigen Behörden“ sind nicht genau bezeichnet.

3. Die Abschaffung der Frauenarbeit würde für die Industrie sehr nachteilig sein, wenn sie nicht nur die Arbeiterinnen entließen, sondern diese könnten auch sehr schlecht durch männliche Arbeitskräfte ersetzt werden. Diese Bestimmung würde der Baumwollindustrie eine untragbare Belastung auferlegen.

4. Schließlich wird allgemein anerkannt, daß zur Durchführung des Gesetzes eine geeignete Fabrikaufsicht vorhanden sein muß, die noch nicht besteht.

Wirtschaftsnotizen

Die Verhältnisse in der französischen Posamentenbranche

Bekanntlich ist Frankreich schon lange nicht mehr das glückliche Land, in dem man keine Arbeitslosigkeit kennt. Die einzelnen Industriezweige werden davon verschieden betroffen. Man versucht auch schon den Lohnabbau in größerem Maße. Wie wir über die Verhältnisse in der Posamentenbranche erfahren, versucht man, die gutbezahlten Facharbeiter abzubauen und sie durch billiger arbeitende zu ersetzen. Auch in Deutschland versucht man, wie uns berichtet wurde, Arbeitskräfte anzuwerben und sie dort als Lohndrücker zu verwenden. Ohne einen klaren, rechtsgültigen Vertrag abgeschlossen zu haben, sollte niemand nach Frankreich gehen. Hervorzuheben sei noch, daß die Wohnungsverhältnisse sehr schlecht sind. Warnen möchten wir noch besonders vor den Firmen F. Garnier et Co., St. Germain en Laye, 4, bis Cote du Peg, und Gerriot, Paris, 305, rue Belleville. Die erstgenannte Firma befindet sich obendrein in Zahlungsschwierigkeiten.

Vereinigte Staaten drosseln Einwanderung

Um Krisenerscheinungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, haben die Vereinigten Staaten auch zu dem Mittel gegriffen, eine Beschränkung der Einwanderung vorzunehmen. Sie haben aus diesem Grunde die Einwanderungsbestimmungen entsprechend verschärft. Das hat zur Folge gehabt, daß die Einwanderung in den letzten Monaten um rund 50 Proz. gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist.

Die neuen Einwanderungsbestimmungen besagen, daß die amerikanischen Konsule im Auslande alle mittellosen Personen, die nach den Vereinigten Staaten auszuwandern beabsichtigen, von der Visumerteilung auszuschließen haben. Es wird angenommen, daß die Einwanderungszahlen dieses Jahres die niedrigsten seit 62 Jahren, also seit 1869, in welchem Jahre die Einwanderungsziffern gleichfalls äußerst niedrig waren, sein werden.

BUCHBESPRECHUNGEN

Julius Hirsch, Ordentlicher Professor an der Universität Berlin, früherer Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium: Die Wirtschaftskrise. Leicht kart. 1,50 RM. S. Fischer Verlag, Berlin.

Die schwerste Weltwirtschaftskrise des ganzen kapitalistischen Zeitalters, die mitten im Frieden über 20 Millionen Menschen außer Arbeit gesetzt hat, wird hier in ihren Ursachen aufgerollt, in ihren Wirkungen, insbesondere für Deutschland, eingehend analysiert, ihre Lehren werden eindringlich dargelegt. Die Schrift erörtert die voraussichtlichen Wirkungen der Krise, die in Deutschland durch Preisabbau und Lohnabbau eingeleitete „Vergrößerung des Kaufwertes unserer Reichsmark“ und deren bisher noch wenig durchdachte Wirkungen auf Gläubiger und Aktionär, auf private Schuldner, Reichseinnahmen und Reparationsleistungen. Eine Völkernot mitten im Frieden wird hier gezeigt samt den vielleicht möglichen Mitteln von Anpassung und Abwehr. Diese zu erkennen, ist für jeden Denkenden dringlich, für den wirtschaftlich Wollenden unentbehrlich.

Tabellen für jedermann von Arthur Wagner. Mit vielen Beispielen, Zeichnungen und Lösungen. 36.—50. Tausend (4., verbesserte und verbesserte Auflage). Umfang 88 Seiten. Halbbroschiert. Taschenformat. Preis RM. 1.— und 15 Pf. Porto. Verlag Gebrüder Jänecke, Hannover. (Postscheckkonto 1650 Hannover.)

„Für eine Mark — ein kleines Lexikon“, so könnte man nach der Durchsicht dieses Tabellenbuches behaupten! Eine Unmenge von Angaben, Zusammenstellungen, Statistiken, Tabellen findet man hier, und zwar die, die gerade für das tägliche Leben von Wichtigkeit sind: die verschiedenen Rechenarten, Multiplikations-, Zinseszins-, Renten-, Amortisationstabellen, Algebra, Geometrie, Dinnormen, Astronomisches, Gerichtsgebühren, Rechenschieber, chemische Formeln, Steuern und die Sozialversicherungen (Unfall-, Kranken-, Invaliden-, Arbeitslosen-, Angestellten-, Hinterbliebenen- usw., und dies alles auf Grund der letzten Gesetze und Notverordnungen bearbeitet) u. v. a. Auf 88 Seiten ist dies übersichtlich und anschaulich zusammengestellt. Ein praktisches Inhaltsverzeichnis erleichtert noch sehr die Benutzung der Tabellen. Inhalt, Zusammenstellung und Ausstattung sind so praktisch und so wertvoll, daß wir allen Lesern die Anschaffung dieser Tabellen empfehlen können, die wirklich für jedermann bestimmt sind. W.Z.

Deutscher Textilarbeiterverband

Filiale Örsrath und Umgebung

Die Filiale Örsrath und Umgebung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hält anlässlich des 40jährigen Verbandsjubiläums am Sonntag, dem 12. Juli 1931, nachmittags 2 Uhr, in Örsrath ein großes Bezirksfest ab.

Programm:

1. Festrede, gehalten von einem Mitglied des Hauptvorstandes.
2. Ehrung von 46 Verbandsjubilaren.
3. Konzert der Stadtmusik Örsrath.
4. Tanz.

Alle Mitglieder unseres Verbandes aus dem gesamten Bezirk werden hiermit höflich eingeladen.

Der Bezirksvorstand:
Kieslich.

Der Ortsvorstand:
Behlin.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 28. Juni, ist der Beitrag für die 26. Woche fällig

Achtung!

Einsendung der Statistikkarten dem Monat Juni betreffend

Schlußtag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonnabend, der 27. Juni 1931. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert an uns einzuliefern.

Zu berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterbestand keinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einfindung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Junibericht für die Markenstatistik von allen Ortsverwaltungen bis zum 7. Juli 1931 einzuliefern ist.

Berantwortlicher Redakteur: Hugo Piffel in Berlin. — Verlag: Karl Schröder in Berlin, Prenzlauer Str. 28. — Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

BERICHTE AUS FACHKREISEN

Proletenseufzer

Wenn die Konjunktur — Dank dem Wirtschaftsgenie Des Kapitalisten — Bricht in die Knie, Wenn Entlassungen Die Fabriken leeren, Und die Arbeitslosen Sich täglich mehren, Dann Hebt im Betrieb das große Schikaniere an!

Woh dir, wenn du nicht willig warst und brav: Der „Herr“, dein Chef, kennt jedes schwarze Schaf! Und jede „Schandtat“ wird nunmehr vergolten! Woh dir, bist du etwa nicht „unbescholten“!

Besinn' dich, warst du wirklich allezeit In punkto Überstunden dienstbereit? Hast du gar mal ein grimmig Wort verloren, Das deinem „Herrn“ ein Wind trug in die Ohren?

Hast du die rechte Demut stets gezeigt? Hast du den Nacken immer auch gebeugt? Warst du mit allem, wie sich's ziemt, zufrieden, Was dir dein guter „Herr“ und Chef beschiedet?

O zitter, hast du einmal nicht pariert, Denn jetzt, jetzt wirst du dafür schikaniert! Dein „Herr“ und Chef weiß allerliebste Mittel! Was er nicht weiß, das wissen seine Büttel.

Woh dir, wenn du nicht willig warst und brav — Der „Herr“, dein Chef, kennt jedes schwarze Schaf ... Tut, ein Winker.

Neugersdorf

35 Jahre Am 6. und 7. Juni feierte die 35-jährige Neugersdorfer Ortsgruppe des D.T.B. in unserer Filiale des 35-jährigen Neugersdorfer Jubiläum. Diese Feier sollte gleichzeitig für unseren Verband und darüber hinaus für den freigewerkschaftlichen Gedanken werben.

Eingeleitet wurde die Feier am Sonnabend, abends 7 Uhr, durch einen „Kommers“ mit Übung der Jubilare im großen Saale des „Hotel Stadt Jittau“. Die Leitung hatte ein gut ausgewähltes künstlerisches Programm zum Inhalt. Die Grüße des Hauptortstandes überbrachte der Verbandsvorsitzende Kollege Schrader, die der Gauleitung und der anwesenden Filialen der Kollege Zwahr, der Mitbegründer unserer Filiale ist.

Die Festrede hielt Kollege Schrader. Er wies zunächst auf die Gründung des Verbandes 1891 in Böhmen hin, kreierte die damals bestehenden Verhältnisse in der Textilindustrie. Aus kleinsten Anfängen ist auch unser Verband zu einem achtunggebietenden Faktor im Wirtschafts- und politischen Leben emporgestiegen. Wenn wir einen Rückblick auf die 40 Jahre Verbandsarbeit werfen, so müssen wir gestehen, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung das erfüllt habe, was man von ihr erwartete. Die Arbeiterchaft ist durch die Gewerkschaften auf ein höheres Lebensniveau gehoben worden. Die letzten 17 Jahre haben den Verband vor Probleme gestellt, wie sie noch keine Generation erlebt habe. Hätten die maßgebenden Kreise den Vorschlägen der Gewerkschaften mehr Rechnung getragen, dann hätte die Krise nicht in solchem Ausmaß sich emwidern können. Aber auch diese Krise, die die ganze Welt erfaßt hat, werde überwunden werden. Der Kapitalismus hat eine schwere Erschütterung erlebt, er ist nicht imstande, die produzierten Güter mit dem Verbrauch in Einklang zu bringen. Eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit sei notwendig, eine Hebung der Kaufkraft der Masse, um den Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot zu geben. Es ist Pflicht der gesamten Arbeiterchaft, gerade in der jetzigen Zeit mehr denn je zusammenzutreten. Tun wir dies, so werden wir den Weg aus dieser Krise herausfinden und am Ende Sieger sein! Unter großer Beifallsbegeisterung konnte Kollege Schrader seine trefflichen Ausführungen beenden.

Am Mittelpunkt der Feier stand die Übung der Jubilare, die 25 und mehr Jahre Mitglied des Verbandes sind. Es waren dies 74 Kolleginnen und 64 Kollegen. Den Dank der Jubilare sprach Kollege Lehmann aus.

Am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, bewegte sich der Festzug, an dem 200 Kinder und 500 Erwachsene teilnahmen, durch die Stadt nach den Wiesen der Wäldchen. Hier erwartete sich bald ein recht reges Leben. Die Kinder wurden bewillkومت für Unterhaltung war reichlich gesorgt. Reden, Vorträgen der Kinder vom Arbeiterbewusstsein, Vorträgen des Arbeiterbildungsvereins schloß nachmittags in unserer Filiale ab. So konnte man überall beobachten, daß die Veranstaltungen gut aufgenommen waren.

Nowawes

Gesellschaft am Sonntag, dem 24. Juni, fand im Lokal von Frau Siede unsere letzte Kreisversammlung statt. Nach Besprechung der eingegangenen Antworten nach Kollege Wolter darauf hin, daß am Sonntag Verhandlungen stattfinden werden, die Beteiligung bei der Firma Hoff & Co. nachher schon in der Tagesversammlung besprochen ist, daß der Kreisabend am 3. Juli zusammengelegt werden soll, wird dann am 17. Juni die Verhandlung der sich gegen uns am 3. Juli der Betrieb endgültig ge-

schlossen, so daß die noch beschäftigten 98 Arbeiter und 30 Angestellte ebenfalls arbeitslos werden. Nach der Sanierung des Betriebes im Jahre 1929 ist die Firma nie wieder lebensfähig geworden. Anschließend hieran fand eine Verhandlung bei Michaelis u. Beyrend statt, wo ebenfalls Entlassungen in größerer Zahl vorgenommen werden sollen. Es sind am heutigen Tage 13 Entlassungen von sogenannten Doppelverdienern erfolgt, während zum 29. Juni weitere Kündigungen vorgenommen werden sollen, so daß die 244 Personen starke Belegschaft um etwa ein Viertel reduziert wird.

Am Verschiedenen erläuterte Kollege Wolter die wichtigsten Bestimmungen der neuen Rotverordnung.

Die Reichstagsfraktion der SPD. muß vor allem dafür sorgen, daß die ungeheuerlichen sozialen Ungerechtigkeiten aus der Verordnung verschwinden. In der Aussprache wurde von allen Rednern den Ausführungen des Kollegen Wolter vollinhaltlich zugestimmt.

Offenburg

Funktionär-Kursus Unsere Ortsverwaltung hielt vor kurzem in Elgersweier ein gut besuchtes Funktionärskursus ab. Geschäftsführer Kollege Leonhardt, Kaiserlautern, behandelte in seinem ersten Referat „Was ist ein Tarifvertrag“ das Wesen und die Bedeutung desselben sowie die Aufgaben, die insbesondere für die Betriebsräte daraus entstehen. Das Thema am Nachmittag: „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“, ein in der Gegenwart besonders aktuelles Problem, fand vollste Aufmerksamkeit. Ueber die Ursachen der Krise und die im Zusammenhang stehende große Arbeitslosigkeit sowie die bestmöglichen Wege für die Beseitigung aller dieser Mißstände konnte der Redner berichten. Mit der Mahnung des Versammlungsleiters, Kollegen Seiler, an die Anwesenden, das Gehörte überall in den Betrieben zu verwerthen, fand diese Tagung ihren Abschluß. F. W.

Waldkirch i. Br.

Kursus Die Bezirksfiliale Waldkirch für Betriebsveranwortliche jüngst einen Kursus zur Bildung der Betriebsräte und Funktionäre. Sämtliche Ortsgruppen der Filiale waren vertreten. Als Referent war der Kollege Mayer, Vörsach, tätig. Folgende Themen standen zur Beratung und Besprechung: 1. Was ist ein Tarifvertrag, 2. Warum erstreben wir die 40-Stunden-Woche.

Die anschließende Debatte ergab, daß sich unsere Funktionäre mit den Vertragsfragen beschäftigen. Begrüßt wurde vor allen Dingen, daß diesmal der Kursus nicht erst fast am Schluß der Amtsperiode abgehalten wurde, sondern gleich am Anfang der Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder, damit sie Gelegenheit haben, das Gehörte und Gelernte in der Praxis anzuwenden.

Was nicht alles gemacht wird...

In einem Städtchen der Niederlausitz erschien einmal ein „Kollege“ im Verbandsbüro, um sich Reiseunterstützung abzuholen. Da er die Vorbereitungen für solche „Ressengeschäfte“ nicht erfüllt hatte, prüfte man sein Ansehen näher, und siehe da, es stellte sich heraus, daß der „Kollege“ in einer Nachbarstadt heimatsgebürtig war. Mit Hilfe seines Motorrades „Kloppte“ er die angrenzenden Filialen ab, um sich unter Vorpiegelung „falscher Bänderchaft“ einige Mark, gelinde gesagt, zu erwirtschaften.

Wahrscheinlich ist das der neueste Sport, der allerdings nach dem Ausschauwerden nur geringe Zusätze auf Sieg haben dürfte.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

25 Jahre Geschäftsführer

Paul Dörr, Kollbus. Er hatte noch bei seinem Vater die Handweberei in Glauchau gelernt, als er aber 15 Jahre alt wurde, gehiel es ihm nicht mehr zu Hause. Er wechselte die Branche und — dies noch sehr oft — den Arbeitsort. Ueberall wo Webstühle standen, probierte er es einmal. Er arbeitete in Komawes, Kachen, Reitzwig, Reichenberg i. B. und noch anderen Textilstädten: einmal ging er auch nach Kopenhagen und Odensee.

Seit dem 1. Juli 1906 blieb Paul Dörr endgültig in Kollbus, das unbestritten eine schöne Stadt ist. Er übernahm, nachdem er schon 1894 dem Verband beigetreten war, die Leitung der Ortsgruppe.

Oswald Heibel, Landeshut. Heibel kommt aus Culmbach bei Berga a. d. Elster. Sein Vater war bereits Sozialist und sorgte dafür, daß sein Sohn den gleichen Weg einschlug, den er ging. Schon als Junge half er beim Verteilen der Flugblätter, was ihm in der Schule übel vermerkt wurde, denn er wurde vom Klassenlehrer zum Klassenleiter „degradiert“. Seinem hellen Kopf schadete aber diese Zurücksetzung nichts. Da Greif wurde er dann, als er „aktiver“ Textilarbeiter wurde, Mitglied des Verbandes und unternahm auch einige Wanderungen nach Holland, Italien und der Schweiz. 1906 wurde

Die RGO. im Ruhmesglanz

Bemerkungen zu den schlesischen Kämpfen

Die RGO. hat in den vergangenen Monaten alles getan, um die durch die lange Wirtschaftskrise verbitterten Arbeiter und Erwerbslosen für ihre Forderungen zu gewinnen. Der Erfolg ist sehr bescheiden, denn nicht nur durch Schlagworte, sondern durch Taten müssen die Moskauerjünger beweisen, daß ihre Tätigkeit der notleidenden Arbeiterschaft Nutzen gebracht hat. Mit diesen Erfolgen sieht es bei der RGO. aber sehr traurig aus.

Bei der letzten Tarifbewegung in der hiesigen Textilindustrie wurde bereits Wochen und Monate vorher aus vollen Baden geblasen. In Flugblättern schrieb man:

Die RGO. allein organisiert und mobilisiert mit eiserner Entschlossenheit die Arbeiter zum Streik gegen das freche Unternehmertum, das Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Verschlechterung aller Arbeitsbedingungen und weitere große Entlassungen durchführen will.

In einem anderen Flugblatt schreibt man, nachdem die freien Gewerkschaften in Grund und Boden verdammt sind:

Die RGO. ist die einzige Kraft, die hand in Hand mit der kommunistischen Partei gewillt und fähig ist, den Kampf der Arbeiter gegen den brutalen Lohnabbau mit Erfolg zu organisieren und zu führen. Das Vertrauen zur RGO. wächst von Tag zu Tag.

In Flugblättern sowie in Versammlungen wurde zur Bildung von Kampfschüffen, Solidaritätsausschüssen und Kampfbündnissen aufgefordert. In Konferenzen schuf die RGO. diese „gewaltigen“ Kampfgelände. Es wurde auch etliche Male der Streik beschlossen. Nun folgten Versammlungen der RGO. mit dem Thema: „Was tun wir?“ Bis dahin wußte es noch niemand, trotz des großen Geschreis. Meldungen kamen über Massenübertritte zur RGO. Wenn alle diese Meldungen den Tatsachen entsprochen hätten, wäre in den freien Gewerkschaften kein einziges Mitglied mehr vorhanden. Das Ungewissheit der RGO. erkennt man gerade an der Tatsache, daß die freien Gewerkschaften sogar durch die schwere Wirtschaftskrise hindurch ihre alte bewährte Kraft erhalten konnten, was im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung hoch einzuschätzen ist.

Als nun der Schiedsspruch für die Textilindustrie für verbindlich erklärt war, erwartete die Arbeiterschaft, daß die aufge-

blasenen Musteln der RGO. in Tätigkeit treten und daß nun mit eiserner Entschlossenheit durchgegriffen würde. Den Streik hatte die RGO. wohl beschlossen, aber die eisernen Entschlossenheit“ und die Fähigkeit zur Kampfdurchführung fehlte. Jetzt stellt es sich heraus, daß die Arbeiterschaft auch nicht das geringste Vertrauen zur RGO. hatte, weil kein Mensch den blöden Moskauerparolen folgte; sogar die Führung glaubte nicht an die eigene Kraft, denn der Langenbielauer Held Müller als General ging an dem Tage, da der Streik ausbrechen sollte, zur Bestrafung nach Reichenbach. Er hat das vielleicht für zweckmäßiger gehalten. Auch in Reichenbach, Peterswaldau und Gnadenfrei hat sich kein Mensch um die Parole dieser Phrasenhelden gekümmert.

In Peterswaldau versuchten die Obertraheten der RGO. in der Mitglieder-Versammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes diesen Fluch der Bächerlichkeit zu verwischen, indem sie überdramatisch wurden. Hier ging es ja gegen die eigenen Kollegen, nicht gegen die Unternehmer; aber auch hier hat die übergroße Mehrheit der Leitung des Textilarbeiter-Verbandes das Vertrauen bekundet.

Man kann es verstehen, daß die großen Maulaufreißer auch jetzt etwas vorstellen möchten. Im Kriege waren sie Feldwebel mit Schnaubbärten, die Bärte sind ja weg, die dummen Schnauzen sind geblieben. Aber große dumme Schnauzen sind immer noch kein Merkmal von großer Intelligenz. Immer mehr erkennt die Arbeiterschaft, daß die RGO., verbunden mit der SPD., nur Helfershelfer der Unternehmer ist. Die klassenbewußten Arbeiter wenden sich von solchen Querulanten ab, welche mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß stehen; denn in der Funktionärzeitchrift der RGO. „Kommunistischer Parteilarbeiter“ schreiben die guten Leute selber folgendes über die Werbeschrift der Nazis, die ihnen bereits den Rang ablaufen:

Diese Burschen haben unsere Methoden gründlich studiert. Das ganze Heft ist eine einzige Anweisung, wie der Nazi unter Benützung unserer Methoden und Parolen die Massen am besten belügen und betrügen kann.

Also lasse sich niemand belügen und betrügen und stärke die Kraft der freien Gewerkschaften als die wirklichen Vertreter der Arbeiterschaft.

G. R. Reichenbach.

Oswald Heibel hauptamtlicher Funktionär in Neugersdorf in Sachsen. Jetzt führt er die Geschäfte der Landeshuter Ortsgruppe.

Mag Rathel, Hof i. B.

Er gehörte zu jenen, die frühzeitig sich der Arbeiterbewegung anschlossen. Er ist seit 1893 Mitglied des Verbandes und der Partei und hat an verschiedenen Orten die Arbeit niedergelegt, weil er sich nicht ducken wollte. So empfanden die Unternehmer in Adorf, Leipzig und Hof seine Agitation manchmal als unbehaglich und wandten verschiedentlich das allerproteste Mittel der Entlassung an. In Hof wurde er 1906 angeheilt, wo er bis heute noch im Dienste der dortigen Textilarbeiterbewegung steht.

Wir wünschen den drei Jubilaren, daß sie ihre Kräfte noch recht lange der Bewegung zur Verfügung stellen mögen!

Wuppertal

Unser Kollege Max Fabricius beging am 24. Juni 1931 seinen 70. Geburtstag. Fabricius ist einer der alten Kämpfer unseres Verbandes, der manche Streikschlacht mitgeschlagen und manche böse Woche tapfer durchgehalten hat. In Wuppertaler Kollegenkreisen heißt er auch wohl scherzhaft „Der General der Gummiwandwirter.“ — Wir wünschen, daß wir unseren Kollegen Fabricius noch lange Jahre in unserer Mitte behalten.

Neue Literatur

Franz Jung: Hausierer. Gesellschaftskritischer Roman. 1931. Einband und Typographie: Jan Uchischold, München. 244 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Buchkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61. Preis 4,50 RM.

Franz Jung ist kein Reuling in der Literatur. Auch der Buchkreis zählt ihn bereits zu seinen Autoren. Im „Her-Ränner-Buch“ ist er mit der Novelle „Das Erbe“ vertreten. In dem Roman „Hausierer“ erzählt er flott, amüsant und spannend die Geschichte einer Zollschlebung an der

oberschlesischen Grenze. Aber diese Fabel bildet nur Rahmen und Hintergrund für ein weiter gestecktes Ziel. Jung will zeigen, wie in der heutigen Gesellschaft und Wirtschaft alles zur Ware erniedrigt ist, wie die Menschen zu „Hausierern“ geworden sind. Nicht nur mit Kleidern wird haufiert, auch der Großhändler ist nur Hausierer in entsprechend größerem Format bei gleichbleibender Mechanik des Geschäfts. Aber weiter: auch Ideale und Ueberzeugungen sind, von ihren Verkündern und Mäkten befreit, nur Waren, wenn ihre Verkünder und Anhänger es auch meist selbst nicht wissen und nicht wahr haben wollen.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Juniheft 1931. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 Mark. Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift empfohlen. Sie gibt viel Anregendes.

Eine neue Broschüre!



Diese Schrift muß jeder gründlich lesen. Sie ist 16 Seiten stark, mit farbigem Umflog versehen, und kostet nur 10 Pfennig. In der Volksbuchhandlung ist sie erhältlich.



Rote Falken an Lahn und Rhein

Die junge Generation der Arbeiterschaft erwandert sich ihre Kenntnisse

Als wir im Vorjahr in unserer Gruppe mal wieder von Ferienwanderungen und noch dazu von Lahn und Rhein sprachen, gab's viel sehnsüchtig große Augen. Mit wollten viele, aber — woher soll Vater oder Mutter das Geld nehmen? Um die größten und resoluteften unserer Habenichtse war uns nicht bange; „Da spielen wir mal wieder Laufjunge!“ hieß es bei einigen. Ihnen ist's leider schon so selbstverständlich geworden, daß, wenn solche Extrawünsche kommen, sie sich selber das Geld verdienen müssen. Aufrechte, selbstbewußte Gestalten, von den „Großen“ oft als „fedy“ bezeichnet, werden sie nachher sicher immer in vorderster Reihe zu finden sein.

Aber die anderen, die noch nicht so weit waren und denen der immer leere Geldbeutel der Eltern wenig oder gar nichts mitgeben konnte, denen half, wie so oft, wenn sie nur sonst ihre Pflicht taten, das proletarische Zauberwort: „Solidarität“. Unser Jungvolk hat ja glücklicherweise noch immer gute Freunde, die mit warmem Herzen gern helfen, Freude und Selbstvertrauen in ihren jungen Seelen zu wecken.

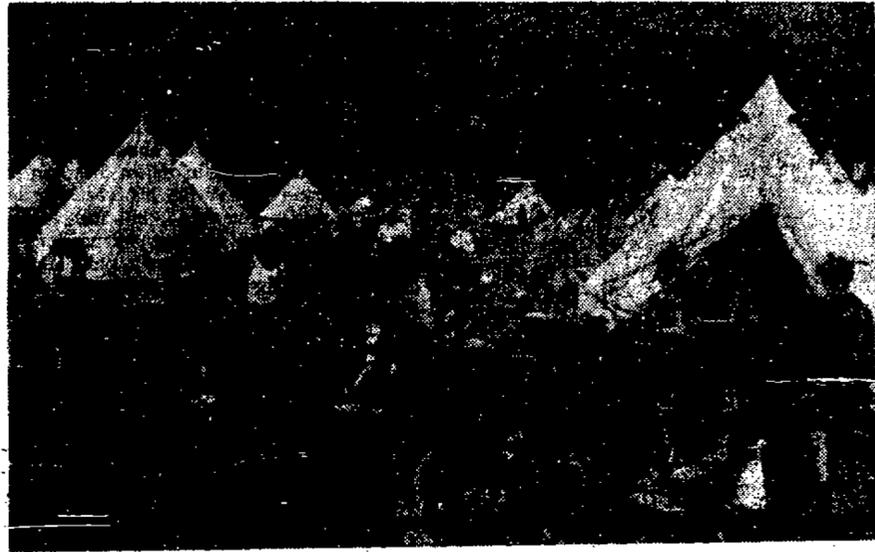
Froh und wohlgenut fuhren wir in aller Frühe fort. Nach mancherlei Umsteigen erreichten wir kurz nach Mittag Marburg, das schöngelegene, an der Lahn. Ein Glorienschein voll rührseligster Innigkeit, so leuchtet ihr Name aus grauen Vorväterzeiten zu uns herüber. Wir stiegen aus, um einen Rundgang durch die Stadt zu machen.

Vom hohen Schloßberg, dem einstigen Wohnsitz der heiligen Elisabeth, lohnte ein prächtiger Rundblick auf Stadt und Umgebung den vergessenen Schweiß.

Dann nochmals auf die Bahn und nach Gleßen gefahren. In der freundlich eingerichteten Jugendherberge fanden wir bald Unterchlupf.

Juchhei, ein Kashtag!

„Heute haben wir wenigstens Kashtag!“ erklang der freudige Ruf am Morgen. So schreibt „Ruh“, der heute an der Reihe war, im Fahrtenbericht. Als ich nun zur Küche schlendere, sehe ich jedoch, daß unsere Paula keinen Kashtag hatte. Als verantwortliche Leiterin für Ernährung und Volkswohlfahrt war sie mit noch einigen Mädels schon am Kaffeetoch und Butterbrotschmierer, diesem wurde, wie immer, alle Ehre angetan. Danach schnappten sich die für heute als Schuhputzer zuständigen Jungens alle Trittlinge



(und das waren 48 rechte und linke Fußbekleidungen), um als Schwarzkünstler zu glänzen.

Karl, oder Kalla, wie ihn die Mädels so gern riefen, sorgte mit „Heeniten“ als vom

„Voll“ gewählte Obrigkeit mit Hilfe einiger anderer, wie immer, für Ordnung und Sauberkeit.

Währenddem saß, gewöhnlich mit sorgenvollem Haupt, Ständendüster Willi, kurzweg „Sticken“ gerufen, zählte sein Geld und rechnete. Daß der Besitz von Geld auch den besten Charakter verdirbt und die schönste Gesundheit ruiniert, konnten wir jeden Tag aufs neue bei ihm feststellen. Er war über Nacht in den Besitz eines großen Haufens Geldes gekommen und nun sehr ängstlich, wir könnten es ihm abnehmen. Neugierig war er auch sehr geworden. Wenn er tagsüber einen fortgeschickte zum Lebensmittelaufen, so wollte er sogar immer ganz genau wissen, wofür es im einzelnen ausgegeben worden ist. Und Mißtrauen hatte sich in seine Seele eingefressen, oh, das war bald wirklich nicht mehr zum Aushalten. Nicht für einen Pfennig Zutrauen hatte er mehr zu einem von uns. Wer von ihm Geld wiederhaben wollte, mußte sich

von den Kaufleuten hielt er nicht viel. Falls es eben möglich war, ließ er sich die Sachen immer aus solchen Läden holen (und wenn man ein halbe Stunde weit darum laufen mußte), die den Namen G&G. als Firma führten, denn, so behauptete er, diese wären wohl die einzigsten, die jeden reell bedienten. Das aller schlimmste aber war, daß wir diesen Menschen stets brauchten; denn er war — unser selbstgewählter Kassierer.

Ueber Kagenellbogen zum Jannertal

Heute ließen wir der Bahn auch wieder was zukommen und fuhren, nachdem wir unsere beiden Nachzügler aus Weilburg wiederhatten, um die Mittagszeit über Dieß nach Jollhaus. Es galt dem Bersbachtal, bekannter unter dem Namen Jannertal. Hinter Jollhaus wollten wir Mittagsrast halten. Es sollte Nudeln mit Pflaumen geben; dann, so war ausgerechnet worden, hatten wir noch 3 bis 4 Stunden zu laufen, und morgen war wieder Feiertag.

Als wir nun so eifrig beschäftigt waren, unsere „Brötckerei“ in'n Gang zu kriegen, hören wir von weither ein leises Brummen. O wart, bis daß die sich „eingespielt“ haben, sind wir lange fertig. Aber Knapp, daß wir 's Feuer an hatten, da fielen schon einige Tropfen. Und keine fünf Minuten später war alles in wilder Flucht zum nächsten Hause. In diesem, es war eine Wirtschaft, wohnten freundliche Leute. Wir konnten dort auf dem Herd kochen und in Ruhe alles verzehren. Währenddem hatte sich das Gewitter verzogen und wir konnten nach herzlichem Dankeschön losgehen. Aber schlechtes Laufen war es jetzt. Als wir deshalb Kagenellbogen erreichten, lachten und fanden wir den Rhein. Der Rhein, der Rhein! Jubelnd kommt's von den Lippen derjenigen, die voraus waren. Auf stolzer Höhe thronte die Marksburg. Links davon ragten qualmend die gewaltigen hohen Schöte des Silber- und Bleibergwerks. Noch eine Biegung talabwärts, Braubach in Sicht. Durch die abendliche Schwüle klingt's im frischen Wandersschritt durch seine alten Gassen: „Ja, wir sind die Roten Falken, tragen ein blau Gewand!“

Am Rhein.

Der junge Tag brachte wieder drückende Wärme. Wann und wo können wir haben, war beim Erwachen die erste Frage. An rechtes Laufen war nicht zu denken. Wir fuhren darauf bis Kamp und hatten uns in die nächste Rheinbadeanstalt. Wir hätten ja auch daneben bleiben können, doch sollte man so etwas nie tun. Lieber 'n Groschen mehr ausgeben und unbedingte Sicherheit haben. Da wir gleichzeitig Mittagsrast damit verbunden, so rutschte uns die ärgste Hitze nur den Buckel runter und kam bei einigen als ganz ausgewachsener Sonnenbrand zum Vorschein. Daß uns die Romantik des Rheins nicht allzusehr ins Gemüt schlage, das zu verhindern waren mit großem Eifer rasende Autos und Motorräder genug befreit. Direkt lebensgefährlich ist es für Fußgänger auf der Straße am Rhein. Waren alle heilfroh, als Oberwesel erreicht war.

Wenn du aber nichts hast — — —!

Die Jugendherberge befindet sich im Rathhaus. Im selben Wang ist auch die Arrestzelle. Ganz entsezt waren unsere Kinder, als nun einige Walzbrüder, die sich obdachlos gemeldet hatten, von demselben Schutzmänn, der uns als Herbergsvater gegenüber so freundlich war, einfach dort eingeschlossen wurden. Es wurde ihnen trotz altem Protestieren erst am andern Morgen wieder aufgeschlossen. So recht eindringlich wurde den Kindern dadurch vor Augen geführt, was arme Leute auch heute noch wert sind. —

Wie wandert sich's so schön am Rhein — —

Eigentlich sollte es von hier wieder abwärts gehen. Da jedoch unser „Sticken“ ein guter Haushälter gemessen war, so wurde beschlossen, daß wir bis Rüdesheim mit der Bahn fahren wollten und dann auf einem Dampfer nach Koblenz. So ganz „ohne“ sollte es auch heute nicht gehen. Noch manches Schweißtropfen wurde vergossen, als wir in Rüdesheim zwischen den Weinstöcken zum Niederwaldental hinaufstiegen. Reichlich lohnte die herrliche Aussicht die gehabte Mühe.

Fritz Schröder, Bielefeld.

Die anderen

Auch ein Kampfziel

Die Rote Gewerkschafts-Internationale hat im Herbst vorigen Jahres eine Jugendkonferenz veranstaltet, die ein „Programm der wirtschaftlichen Teilforderungen der Jungarbeiterschaft“ (bestehend aus 30 Punkten) aufstellte, für das zu kämpfen alle Anhänger der RSD. verpflichtet werden. Nach Punkt 29 dieses Programms hat nun jeder treue RSD- oder RSD-Mann zu kämpfen für „Erhöhung des Prozentsatzes der Jugendlichen zu den erwachsenen Arbeitern“. Was kann diese Forderung bedeuten? Wird hier den jetzt lebenden RSD-Anhängern eine Aufgabe auf bevölkerungspolitischen Gebiet gestellt? Sollen sie durch Erhöhung der Geburtenziffer dafür sorgen, daß im Laufe der Jahre der Anteil der jugendlichen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zunimmt? Oder ist an Maßnahmen in den Betrieben und Betrieben gedacht, etwa derart, daß die Zahl der beschäftigten Jugendlichen auf Kosten der Erwachsenen gesteigert wird? Wird etwa die RSD. sich demnächst dafür einsetzen, daß z. B. die Jugendlichen im Bäckergewerbe, wo sie als Lehrlinge beschäftigt werden, in Zukunft einen höheren Prozentsatz der Beschäftigten ausmachen? Die Statistik zeigt, daß dies theoretisch möglich ist, denn während im Schlosserhandwerk (Betriebe mit vier bis fünf Beschäftigten) von je 100 Beschäftigten 23,8 Meister, 23,7 Gesellen und 48,9 Lehrlinge sind, kommen im Bäckergewerbe bei den Betrieben gleicher Größe auf 100 Beschäftigte 23,3 Meister und 30,2 Gesellen, aber „nur“ 17,6 Lehrlinge. Daß die Bäckereiarbeiter und ihre Gewerkschaft gegen die große Lehrlingszüchterei kämpfen, darf den RSD-Mann nicht hindern, denn „Erhöhung des Prozentsatzes der Jugendlichen im Verhältnis zu den erwachsenen Arbeitern“ ist nun einmal die vorgeschriebene Kampflösung.

Wir bringen diese Ausführungen hier nicht etwa, weil wir annehmen, daß die sogenannte Gewerkschafts-Opposition sich nun tatsächlich dafür stark machen wird, daß die Handwerksmeister noch mehr Lehrlinge an Stelle von Gesellen, daß die Fabriken noch mehr billige jugendliche Arbeitskräfte an Stelle der tüchtigen Erwachsenen als bis-

her beschäftigen. Wir wollen nur zeigen, was sich ergibt, wenn man einen „Sinn“ hinter anscheinend revolutionären Forderungen sucht. Wahrscheinlich war es unser Fehler, anzunehmen, daß eine jede Forderung auch einen Sinn haben muß.

Jugenderziehung unterm Hakenkreuz

In dem vom Landtagsabgeordneten Kube herausgegebenen Wochenblatt „Der Märkische Adler“, das als amtliches Organ der Ostmark der NSDAP. firmiert, macht der Reichstagsabgeordnete W. Wigand in Nr. 7 folgende Entdeckung:

„Wenn man einmal Gelegenheit nimmt, die Führer in der kommunistischen sowie sozialdemokratischen Volksbildungs- und Jugendbewegung anzusehen, dann ist es augenscheinlich, daß es sich mit geringen Ausnahmen um galizische Judenlummel oder sonstige Verbrecherphysiognomien handelt. Deren Erziehung und Einfluß ist dann auch dementsprechend. So erleben wir eine Verrohung, Sittensverwilderung und Entgeistigung unserer Jugend, der ein wirksames Gegengewicht nur durch die nationalsozialistische Jugendbewegung gegeben wurde. Der nationalsozialistische Staat wird diesem Treiben der Roten völlig Einhalt gebieten. Es ist in der Tat auch die höchste Zeit, wenn wir unsere Jugend vor dem Untergang retten wollen.“

Das Interessanteste an dieser Äußerung ist die Behauptung, daß nur die nationalsozialistische Jugendbewegung ein wirksames Gegengewicht gegen die „Verrohung, Sittensverwilderung und Entgeistigung“ unserer Jugend darstelle. Die Ergebnisse dieser Arbeit unter der Jugend sehen wir tagtäglich in den Terrorakten, Mordattentaten und Bandenüberfällen, an denen sich in nicht unbeträchtlichem Maße die von den Kollegen des Herrn Wigand „erzogenen“ Jugendlichen beteiligen.

Resultate der Nazi-Jugenderziehung

Wie die Jugenderziehung, der sich die Nazis mit großen Worten rühmen, aussieht, zeigt folgender Gerichtsbericht, der eben durch die Presse geht:

Das Münchener Strafgericht verurteilte fünf Hitler-Burschen wegen schwerer Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu 16 Monaten. Mildernde Umstände wurden ihnen wegen der besonderen Art des Roheitsbittes verweigert, ebenso wurde die beantragte Bewährungsfriest abgelehnt.

In der Nacht zum 1. März überfiel ein Trupp von acht jugendlichen Hitler-Rowdys, die einem Spielmannszug angehörten und aus einer Weinkneipe kamen, auf der Straße eine Gesellschaft von Männern und Frauen, weil sich einer von ihnen durch einen Zornruf gehänselt glaubte. Der achtzehnjährige Nationalsozialist Eichner, der das Signal zum Überfall gegeben hatte, schlug sofort wie ein Besessener mit dem Messer um sich und verletzte dabei auch einen seiner Parteifreunde. Dann ging er von hinten auf den in Verteidigungsstellung befindlichen Maschinisten Englos und rannte ihm das Messer in den Rücken. Engl wurde lebensgefährlich an der Lunge verletzt. Erst nach Monaten wurde er wiederhergestellt. Als er zusammengebrochen war, traten die Hitler-Buben auf dem Schwerverletzten herum und brachten ihn noch flaffende Kopf-wunden bei. Auch der Vater des Maschinisten, der seinen Sohn aufheben wollte, wurde mißhandelt. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß es sich nicht um eine politische Kauferei gehandelt habe, da die Ueberfallenen keiner politischen Partei angehört und überhaupt nicht wußten, daß sie es mit Hakenkreuzlern zu tun hatten.

Das Motiv der Hitler-Rowdys wurde vom Gerichtsvorsitzenden als reine Kaufluft gebrandmarkt. Hitlers Leiborgan aber bezeichnet solche Rowdytaten als „Notwehr“, und wer etwas anderes behauptet, gehört zur „marxistischen Journaille“ und begeht „judenbörige Tatsachenverfälschung“!

